

Pressemeddelelse

Kiel, 27.09.2000

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

EU-weite Harmonisierung der Benzinpreise wäre richtig

Anlässlich der Demonstration vor dem Kieler Landeshaus zur Aussetzung der Ökosteuer, äußerte sich der SSW-Abgeordnete Lars Harms heute in Kiel:

"Wer in Protestaktionen auffordert die Ökosteuer zu senken, weil sie Arbeitsplätze vernichtet, der handelt meines Erachtens nicht verantwortungsbewusst. Mit der Ökosteuer werden die Lohnnebenkosten gesenkt was maßgeblich zur Rentensicherung beiträgt. Dies ist eine Tatsache die gerne übersehen wird. Die Ökosteuer ist wichtig für unsere Unternehmen und für unsere Wirtschaft. Hierdurch werden Arbeitsplätze erhalten und geschaffen, weil Arbeitskraft nach langen Jahren preiswerter geworden ist. Wer sich also hinstellt und die Abschaffung der Ökosteuer fordert, der muss auch sagen, wie die Senkung der Lohnnebenkosten durchgeführt werden soll und wie die Renten finanziell abgesichert werden sollen. Alles andere ist unredlich."

Eine EU-weite einheitliche Lösung in Bezug auf die Subventionierung der Benzin- und Dieselpreise wäre nach Auffassung des SSW-Abgeordneten der richtige Weg gewesen. Es dürfe nicht zu einer Ungleichbehandlung und Schiefelage für Landwirte und Spediteure in Europa kommen.

Die Unterstützung von Dieselpreisen durch die französische Regierung trage erheblich dazu bei, dass die Debatte um die Ökosteuer in Deutschland aufkoche. Die Bundesregierung müsse sich auf EU-Ebene einsetzen, dass



diese französischen Subventionen zurückgenommen werden.

"Die Darstellung der Resolution des Bauernverbandes Schleswig-Holstein e.V. ist in seiner Form völlig überzogen. Er ist in einer Schärfe verfasst, die es nahezu unmöglich macht, eine Basis für eine redliche Auseinandersetzung zu finden. Hier wird von "moderner Leibeigenschaft" gesprochen und mit einem "Baueraufstand" gedroht. Mit dieser Resolution schießt der Bauernverband deutlich über das Ziel hinaus.", so der SSW-Abgeordnete abschließend.

